

Hamburg: Wie Antifas lernten, ein Nazi-Denkmal zu lieben

22. Oktober 2015 in [Allgemein](#)

Link: <http://dubistdeutschland.blogspot.de/2015/10/22/hamburg-wie-antifas-lernten-ein-nazi-denkmal-zu-lieben/>



Vergrößern mit Rechtsklick

Der Anspruch des Staates auf das Leben seiner Bürger

1936 errichteten die Nazis in Hamburgs Innenstadt ein besonders widerwärtiges „Kriegerdenkmal“. Auf einem massiven rechteckigen Block ist ein umlaufendes Relief angebracht, das marschierende Wehrmachtsoldaten mit Gewehren und Stahlhelmen in Lebensgröße darstellt. Darüber steht der Satz „*Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen*“.

Die Wahrheit und auch die anhaltende Aktualität dieses Imperativs wollten und wollen links-alternative Kritiker meistens nicht zur Kenntnis nehmen. Vor 1990 glaubten sie, der Satz stehe für ein überwundenes Denken. Seit das vergrößerte Deutschland wieder in den Krieg zieht, beruhigen sie sich mit dem Hinweis, dass es heute doch ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt.

Aber das ist nicht der Inhalt dieses Satzes. Sein Thema ist der **Anspruch des Staates auf das Leben seiner Bürger**. Die imaginäre Gemeinschaft „Nation“ bietet ihren Mitgliedern, sobald sie sich unterworfen haben, eine gewisse Verbindlichkeit und Stetigkeit, ein gewisses, als Mischung aus Konsens und Zwang verfertigtes Schutzversprechen. Doch der Staat, in den das Individuum hineingeboren wird und mit dem es sich daher wie „schicksalhaft“ verbunden fühlen möchte, bietet sein Schutzversprechen nicht umsonst:

Die Staatsbürger müssen auch **den TOD wollen**, wenn sie dazu gehören möchten. Diese Konsequenz ist den „wiedervereinigten“ Deutschen, die sich bisher so sicher waren, dass die Berliner Republik auch ohne persönliches Risiko zu haben ist, mit der Teilnahme der Bundeswehr an der Somalia-Mission 1993 erstmals wieder in Erinnerung gerufen wurden. Der

Anspruch des Staates auf das Leben seiner Untertanen ist seither auch im neuen Deutschland wieder offen ausgesprochen.

Hegel hat das Prinzip in seiner „*Rechtsphilosophie*“ (§§ 321 ff „*Die Souveränität gegen außen*“) klar benannt: „*Der Militärstand ist (!) der Stand der Allgemeinheit, der die Pflicht hat, die Idealität an sich selbst zur Existenz zu bringen. (...) Das Leben daran setzen hat darum keine Bestimmung und Wert für sich*“.

Damit ist gesagt: Das uniformierte Individuum ist die Synthese von politischem Staat und unpolitischer Gesellschaft. Der Anspruch des Staates auf das Leben der Bürger (der als Sorge um ihr Leben auftritt) ist ein grundsätzlicher: **Der Souverän offenbart seine Macht über das Leben nur durch den Tod, den zu verlangen er imstande ist.**

Genau das ist mit dem Imperativ „*Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen*“ gemeint. Dieser Satz ist keine originäre Nazi-Ideologie, sondern ein Grundprinzip des bürgerlichen Staates, eine Wahrheit, über die im bürgerlichen Alltag nicht gerne gesprochen wird, die aber allen sofort gegenwärtig ist, wenn deutsche Politiker zum Beispiel wieder die „Ukraine-Krise“ verschärfen.

-

Es spielt keine Rolle, dass dieser Imperativ heute als vielstimmiger Diskurs daher kommt und dass man ihn nicht mehr in Stein meißelt – die Namen toter Bundeswehrsoldaten werden heute am „Ehrenmal der Bundeswehr“ im Stil einer Videoinstallation an die Wand projiziert.

Die Wahrheit des Satzes „*Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen*“ ist nicht auf die Zeit des Nationalsozialismus begrenzt, und sie ist heute aktueller denn je. Mit friedensbewegten Beschwörungen ist ihm nicht beizukommen. Die einzige zutreffende Entgegnung ist die seinerzeit von der Punk-Band **Slime** vorgenommene Umkehrung: „*Deutschland muss sterben, damit wir leben können*.“ Aber das ist das allerletzte, was linksalternative Milieus heute wollen. Sie sehen sich als konstruktive Opposition IN der Berliner Republik, die sie längst als IHREN STAAT sehen.

--



Alternative Argumente für den Erhalt eines Nazidenkmals

Bis in die 1980er Jahre gab es noch die Forderung „**Der Kriegsklotz muss weg!**“. Daran änderte zunächst auch *Alfred Hrdlickas* (politisch ohnehin fragwürdiges) „Gegen-Denkmal“

nichts, das damals von der Stadt Hamburg aus einem einzigen Grund in Auftrag gegeben wurde: Das Nazi-Denkmal sollte bleiben!

Im Zusammenhang mit dem ersten „Gegen-Mahnmal“ wurde erstmals versucht, die Forderung nach ABRISS und BESEITIGUNG des Nazi-Denkmals mit gedenkstättenpädagogischer Rhetorik abzuwehren: Ein Abriss sei keine richtige „Vergangenheitsbewältigung“, sondern letztlich nichts anderes als Verdrängung! Durch einen Abriss nehme man den Hamburgern die Möglichkeit einer kritischen Auseinandersetzung „mit diesem Monument der jüngsten deutschen Vergangenheit“. Ein Abriss habe zur Folge, dass man keine Lehren mehr für Gegenwart und Zukunft ziehen können. Das Nazi-Denkmal sei doch ein hervorragendes Anschauungsstück für eine längst überwundene „militaristische Ideologie“. (Bemerkenswert: Bei der Beseitigung realsozialistischer Bauten und Skulpturen nach 1990 zählte keines dieser Argumente).

--



Vergrößern mit Rechtsklick

Mit der Rückkehr deutscher Militärpolitik verschwindet die Opposition gegen das NS-Kriegerdenkmal

Mitte der 1990er Jahre, als die Wahrheit des Imperativs „*Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen*“ durch die neue deutsche Militärpolitik realpolitisch immer nachvollziehbarer wurde, **verschwand die Forderung „Der Kriegsklotz muss weg“ sukzessive aus der Öffentlichkeit.**

2008, genau sieben Jahre nach der Beteiligung der deutschen Luftwaffe am Angriffskrieg gegen Jugoslawien, wurde in Berlin mit dem „[Ehrenmal der Bundeswehr](#)“ ein neuer und noch größerer „Kriegsklotz“ (32 × 8 Meter, zehn Meter hoch) eingeweiht.

Dort ehrt man seither die bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gefallenen Soldaten. 2014 wurde das Ehrenmal durch ein „[Buch des Gedenkens](#)“ für mittlerweile 3100 tote Soldaten erweitert.

Hier wird nichts anderes zelebriert, als das was auf dem Hamburger Kriegsklotz steht:
„Deutschland muss leben, und wenn wir streben müssen“ --



Vergrößern mit Rechtsklick

„Braucht Deutschland wieder eine eigene Militärjustiz?“

Die Hrdlicka-Skulpturen waren nicht dazu geeignet, die Provokation zu relativieren, die dieser martialische Naziklotz (bundesweit der einzige dieser Art) nach wie vor darstellt. Zumal eine der Hrdlicka-Skulpturen auch noch mit dem Thema „**Feuersturm**“ die Überzeugung der Hamburger stärkt, sie seien nicht Täter, sondern Opfer gewesen.

Spätestens 2009 zeichnete sich ab, auf welche Weise Hamburg den „Kriegsklotz“ mitsamt der Inschrift trotzdem dauerhaft erhalten will – durch den Bau eines weiteren „Gegen-Denkmal“ NEBEN dem NS-Denkmal!

-

Der Weg zu einem weiteren „Gegen-Denkmal“ begann mit einer Ausstellung. 2009 zeigten die Justizbehörde Hamburg, die Universität Hamburg und der Hamburgische Richterverein die Wanderausstellung „**Was damals Recht war ... Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht**“ (zu der Wanderausstellung wird es einen eigenen Beitrag auf diesem Blog geben). Im Begleitprogramm findet sich erste Nutzenanwendungen für die Gegenwartsprobleme einer nachrückenden Weltmacht – zum Beispiel ein Vortrag zum Thema: „**Vom Kriegsvölkerrecht der Vergangenheit zum humanitären Völkerrecht der Gegenwart**“. Das war am 4. August 2009. Es ging um Vergangenheitsbewältigung als deutschen Exportartikel (der Referent *Jürgen Aßmann* berät das Tribunal in Kambodscha) und um das heutige Kriegsvölkerrecht, das nicht mehr so heißt, sondern als „humanitäres Völkerrecht“ bezeichnet wird. Für deutsche Juristen ist das seit 1999 (Kosovo) und gerade heute (Ukraine) ein besonders wichtiges Kongressthema.

-

Die Aktualität dieses Rahmenprogrammes zeigte sich genau 4 Wochen später: Am 4. September 2009 forderte die Bundeswehr bei **Kundus** in Afghanistan zwei US-amerikanische Kampfjets an, damit sie zwei von den **Taliban** entführte Tanklastwagen bombardieren. Dabei kamen nicht nur die bewaffneten Islamisten (früher: „Rebellen“) um, sondern auch 140 Zivilisten. Seither gehört dieser „Fall“ unter der Fragestellung „*Braucht Deutschland wieder eine eigene Militärjustiz?*“ zum Dauerthema der Rahmenprogramme der Wanderausstellung „*Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht*“.

Was übrigens nicht zufällig so ist: Die Durchführung von Veranstaltungen zu „aktuellen Fragestellungen“ der Bundeswehr im Rahmen der Wanderausstellung wird zwischen den lokalen Trägern und der für die Ausstellung verantwortlichen staatlichen Stiftung vertraglich ver-

einbart. Gegen deutsche Militärmissionen und Polizei- und Geheimdienstesätze gerichtete Veranstaltungen sind im Rahmen der Wanderausstellung ausdrücklich nicht zulässig.

--

Fahnenflucht damals und heute

Auch das Ausstellungsthema Desertion selbst hat heute durchaus aktuelle Bezüge. Fahnenflucht wird im neuen Deutschland mit 5 Jahren Gefängnis bestraft, es wird allerdings niemand dafür erschossen. Das ist sehr human im Vergleich zur Wehrmachtsjustiz, und eben darum geht es:

Von 1948 bis 2002, also 54 Jahre lang, hat man Wehrmachts-Deserteure als **Vaterlandverräter** behandelt. Jetzt, da der deutsche Staat erneut von seinen Bürgern die *Bereitschaft zur Selbstopferung* im Krieg verlangt und nicht ausgeschlossen werden kann, dass einige sich dann in brenzligen Situationen verweigern, benötigt die **Todes- und Tötungsbereitschaft** einen neuen moralischen und juristischen Rahmen. Diese Entwicklung erfordert einen neuen gesellschaftlichen Konsens, zu dem staatstragende Referate unverdächtig Leute zum Thema „*Vom Kriegsvölkerrecht der Vergangenheit zum humanitären Kriegsvölkerrecht der Gegenwart*“ viel beitragen können – zumal im Rahmen einer Ausstellung über die NS-Kriegsjustiz.

Das Prinzip selbst – „*Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen*“ – ist auf diese Weise **nicht mehr strittig**. Und deshalb muss der „Kriegsklotz“ mit dieser Inschrift auch nicht verschwinden, sondern nur ergänzt werden durch ein „Gegen-Denkmal“ für die Wehrmachts-Deserteure.

--

Das Nazi-Denkmal war kein Standort der Wehrmachtsjustiz. Dem Deserteur-Denkmal wird dort eine Alibi-Funktion zugewiesen.

2012 beschloss die Hamburger Bürgerschaft nicht nur die „Errichtung eines Denkmals für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz“, sondern empfahl auch als dessen Standort das Areal neben dem „Kriegsklotz“.

Einen in der Sache selbst liegenden Grund für diese Standortentscheidung gibt es nicht. An dieser Stelle wurde niemals ein Wehrmachtsdeserteur erschossen, erhängt oder eingekerkert. **Das NS-Kriegerdenkmal steht in keiner Weise in Verbindung mit dem Thema Wehrmachtsjustiz.** Die Hamburger Wehrmachtjustiz war im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis, beim Generalkommando an den Sophienterrassen und in verschiedenen Kasernen und Militärgerichtsgebäuden tätig, aber niemals am Dammtorbahnhof. Es wäre also mehr als naheliegend, das Deserteur-Denkmal neben einem dieser **Tatorte** zu errichten.

-

Der Grund, warum man es trotzdem NEBEN das NS-Kriegerdenkmal am Dammtorbahnhof stellen will, wird nicht verschwiegen: „*Trotz dem Gegendenkmal von Alfred Hrdlicka*“ *habe das Nazi-Denkmal dummerweise „nichts von seiner Problematik verloren“.*

Da Hamburg aber auf ein Denkmal mit der für Staatsbürger so lehrreichen Inschrift „*Deutschland muss leben, und wenn wir streben müssen*“ einerseits nicht verzichten will, andererseits die **heute** wieder verlangte Todes- und Tötungsbereitschaft einen neuen moralischen und juristischen Rahmen benötigt, soll das **Nazi-Denkmal erhalten** und zugleich endlich erfolg-

reich neu kontextualisiert werden. Was mit Hrdlicka offenbar nicht gelang, soll nun das Deserteur-Denkmal richten: „Das 76er-Denkmal soll nach dem Willen der Stadt Hamburg als historisches Sachzeugnis erhalten werden. Es steht jedoch nicht unter Denkmalschutz.“ (Senat 2012).

Die Forderung nach **Entfernung des Nazi-Denkmal**s war für die Hamburger Politik ein ständiger Stachel. Die willkürliche Einordnung des „Kriegsklotzes“ als „historisches Sachzeugnis“ konnte diese Auseinandersetzung auch nach Hrdlicka nicht beenden.

Jetzt aber kann sich die Staatsmacht auf die „Zivilgesellschaft“ berufen: „Bis heute wird die Existenz des Kriegsklotzes von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Schande für die Stadt angesehen. **Daher** haben sich die meisten Gruppen und Personen, die ein Deserteurdenkmal fordern, für diesen Standort ausgesprochen“.

Der gesellschaftspolitische Wandel zeigt sich in der **Unlogik** dieses „DAHER“: (1) Der Kriegsklotz war/ist eine „Schande“ (Schande ist übrigens ein Naziwort). (2) DAHER muss er nicht etwa weg, sondern es soll nebenan ein Deserteur-Denkmal hin, dass eigentlich neben einem Tatort der Wehrmachtsjustiz errichtet werden müsste.

Die „meisten Gruppen und Personen, die ein Deserteurdenkmal fordern“, um **mit ihm** den Kriegsklotz zu retten, sind heute eingebunden in die staatlich und kirchlich gelenkte Erinnerungskultur, über die sie direkt oder indirekt finanziert werden, sofern sie nicht gleich halbstaatliche Einrichtungen sind.

-

An diesen „meisten Gruppen und Personen“, die zusammen als „**Zivilgesellschaft**“ firmieren und als solche staatlich anerkannte Legitimationsinstanz sind, orientieren sich auch die letzten Mohikaner des 70er/80er Jahre-Antifaschismus und Antimilitarismus, die heute schon dankbar sind, wenn sie noch mitmachen dürfen.

Entsprechend plappern sie nach, was die „meisten Gruppen und Personen“ von ihnen verlangen:

„In den Debatten der letzten drei Jahre hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass nicht nur der Kriegsklotz erhalten bleiben, sondern auch die ihm innewohnende Ideologie erkennbar bleiben soll.“ („Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“, Mai 2014).

Man merkt dem Satz an, dass er von Leuten kommt, die einst etwas anderes wollten, sich jetzt aber den neuen Dogmen gebeugt haben. Jetzt stellen sie den dauerhaften Erhalt es Nazi-Denkmal nicht mehr in Frage: „Diesem Monstrum etwas Überzeugendes entgegenzusetzen, ist aus der Sicht des Bündnisses Aufgabe der Künstler“ (ebd.). Ihnen leuchtet jetzt ein, was sie noch nicht überzeugte, als Hamburg mit Hrdlicka dem Nazi-Denkmal „etwas Überzeugendes entgegenzusetzen“ wollte.

Damit ist klar: **Die alte Forderung „Der Kriegsklotz muss weg!“ ist nicht mehr gesellschaftsfähig.**

Staat, Zivilgesellschaft und Alt-Antifas sind sich einig, dass das Nazi-Denkmal *auf ewig* dort stehen bleiben soll. Man argumentiert genauso wie die Springer-Presse in den 1970er Jahren („Das Denkmal ist Ausdruck einer bestimmten Zeit deutscher Geschichte“) und wie die staatlichen Museumspädagogen in den 1980er Jahren („Abriss ist keine Vergangenheitsbewältigung, sondern Verdrängung“).

-

Was die Hrdlicka-Skulpturen nicht geschafft haben – die Akzeptanz des Nazi-Klotzes – soll jetzt das Deserteur-Denkmal richten. Dass dieses dort überhaupt nicht gegen die Wehrmachtsjustiz gerichtet ist, interessiert niemanden. Das Nazidenkmal und das Hrdlicka-Denkmal repräsentieren, so behauptet man frech, ein „*Spannungsfeld zwischen Kriegsherrlichkeit und Kriegszerstörung*“. Und mittendrin hat jetzt das Deserteur-Denkmal die ihm **staatlich verordnete AUFGABE** „*eine dialogische Bezugnahme auf die beiden unverbunden nebeneinander stehenden Denk-Male*“ herzustellen. (Senat 30.4.2013).

-

Ein Deserteur-Denkmal, so könnte man denken, soll die Verbrechen der Wehrmachtsjustiz an den Deserteuren in Erinnerung rufen sowie die Legitimation dieser Verbrechen durch die BRD bis 2002. **Aufgabe eines Deserteur-Denkmal ist es ganz sicher nicht, zwischen zwei anderen Denkmalen zu „vermitteln“, von denen eines ein Nazi-Denkmal ist.** Doch Staat, Zivilgesellschaft und Alt-Antifas haben sich darauf geeinigt, dass die Wehrmachts-Deserteure dem Gemeinwesen einen letzten Dienst erweisen. Im „Spannungsfeld“ zwischen Nazis und Hrdlicka, sollen sie eine „*dialogische Bezugnahme*“ stiften.

-

Und noch deutlicher: **Das Deserteur-Denkmal solle „NICHT (!) nur (!) an die Opfer der Wehrmachtsjustiz erinnern.** Es soll auch im Widerstreit zwischen dem martialischen Kriegsklotz und dem unvollendeten Gegendenkmal vermitteln“ (Kultursenatorin Kisseler bei der Vorstellung des dritten Denkmals). Das Deserteur-Denkmal habe eine „Doppelfunktion“: (1) Gedenkort für Wehrmachtsdeserteure UND (2) Mittler zwischen Nazidenkmal und dem Hrdlicka-Denkmal.

-

Noch freimütiger formuliert der Gewinner des Wettbewerbs, der Bildhauer *Volker Lang*, diese Instrumentalisierungsansicht: Das **Deserteur-Denkmal solle „die WUNDEN HEILEN**, die die jahrzehntelangen Debatten um die schon existierenden Mahnmale hinterlassen haben“. Und weiter: „*Es hat schon etwas HEILENDES. Es gibt ja auch wieder das Bewusstsein einer Zivilgesellschaft, dass man in der Lage ist, diesem Thema sich öffentlich zu stellen.*“

Was genau Lang mit „diesem Thema“ meint, bleibt offen, aber es ist klar was hier angedeutet werden soll: Die Zivilgesellschaft hat neue Wege der Annäherung an den Imperativ „*Deutschland muss leben...*“ gefunden.

-

Es ist dies die offene Indienstnahme der Wehrmachtsdeserteure für die **Begradigung der Heimatfront** vor dem Hintergrund der weltweiten und nicht zuletzt militärischen „Verantwortung“ der europäischen Vormacht.

-

Die vor 25 Jahren gegründete *Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.* (viele Mitglieder sind inzwischen verstorben) und ihr Sprecher, der inzwischen 94jährige *Ludwig Baumann*, hatten auf dieses Hamburger Ergebnis keinen Einfluss. Oder anders gesagt: Der Vereinigung ging es in erster Linie um die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure. Für

sie ist nach der gesetzlichen Rehabilitierung jeder weitere Gedenkort ein weiterer Erfolg in einem sehr langen und aufreibenden Kampf.

Daran, dass die Unterstützer dieses Kampfes sich in diesen 25 Jahren von altlinken Antifas und Antimilitaristen in staatstragende Zivilgesellschaftler verwandelten, konnte die Bundesvereinigung, die in absehbarer Zeit ohnehin nur noch von ihrem „Wissenschaftlicher Beirat“ repräsentiert werden wird, nicht ändern.

Den Standort dieses Deserteur-Denkmal NEBEN dem Nazi-Denkmal und **WEIT ABSEITS aller Standorte der Hamburger Wehrmachtsjustiz** geht auf das Konto dieser Unterstützer, die eben nicht bereit waren, für ein Deserteur-Denkmal neben einem der Standorte der Hamburger Wehrmachtsjustiz einzutreten. Dagegen hatte die Bundesvereinigung keine Chance. Sie musste mitziehen, wenn sie die Unterstützung nicht verlieren wollte. Der dauerhafte Erhalt des Nazi-Denkmal war den anderen wichtiger und ALLEIN DAZU brauchten sie das Deserteur-Denkmal.

-

So endet, während deutsche Kampfjets erstmals seit dem Vernichtungskrieg [„das Baltikum in voller Bewaffnung überfliegen, um Russland auf Augenhöhe zu begegnen“](#), der 2002 erfolgreiche Kampf um die Rehabilitierung der Wehrmachts-Deserteure mit der Rehabilitierung und Aktualisierung des Imperativs *„Deutschland (in den Grenzen von 1990) muss leben, und wir sterben müssen“*. Und speziell in Hamburg mit dem dauerhaften Erhalt eines Nazi-Denkmal.

Am Ende ihres Lebens werden die Wehrmachtsdeserteure anerkannt und zugleich – unter Mitwirkung einer etablierten „Zivilgesellschaft“ – instrumentalisiert für die Berliner Republik. Das hat in der Tat „schon etwas Heilendes“ – für Deutschland.

-

PS: Der von diversen Sponsoren finanzierte „Bund für Denkmal-Erhaltung e.V.“ wird auch nach Fertigstellung des Deserteur-Denkmal das Nazi-Denkmal nebenan hegen & pflegen. Mit Beschädigungen ist nun aber nicht mehr zu rechnen.

..--



CHRONIK

1946

Laut Anweisung des Alliierten Kontrollrats ([Direktive](#) Nr. 30 vom 13. Mai 1946) müssen Denkmäler, die zur „Verherrlichung kriegerischer Ereignisse“ dienen, „vollständig zerstört und beseitigt“ werden. Hamburg unterläuft die Direktive, indem es das Nazi-Denkmal am Dammtor zum „Gedenkstein zum Andenken an verstorbene Angehörige regulärer militärischer Einheiten“ erklärt. Die britische Besatzungsmacht erinnert die Hamburger Behörden mehrfach daran, dass das Nazi-Denkmal weg muss. Sie wollen das bewusst nicht selbst machen, sondern sehen wie die Deutschen sich verhalten. Die Vereinigung der Jugendorganisationen Hamburgs stellt an den Senat einen Antrag auf „Entfernung“. Erfolgrlos.

1978-1981

Das Nazi-Denkmal wird regelmäßig beschädigt. Köpfe werden abgemeißelt und Parolen angebracht. Der sowjetische Schriftsteller **Jurij Bondarew** schildert in seinem 1978 auch auf Deutsch erschienenen Roman „*Das Ufer*“, wie das Nazi-Denkmal bei sowjetischen Hamburg-Besuchern schreckliche Erinnerungen an den Vernichtungskrieg weckt. Vor diesem Hintergrund fordern die Hamburger Jusos: „Das Nazi-Denkmal muss WEG!“. Es soll durch einen Mahnmal zu Ehren der Hamburger Widerstandskämpfer ERSETZT werden. Zugleich legt die Bundeswehr am „Volkstrauertag“ dort Kränze nieder.

1981

Die Punk-Band **Slime** veröffentlicht die LP „Slime I“ mit dem Song „[Deutschland muss sterben](#)“. Die Textzeile: „Deutschland muss sterben, damit wir leben können“ kehrt die Inschrift des Hamburger Kriegsklotzes um.

1981

Hamburger Abendblatt, 28. 9. 1981

Das Kriegerdenkmal am Dammtordamm ist schon wieder beschmiert worden. Bisher unbekannte Täter sprühten in der Nacht zum Sonntag mit roter und schwarzer Farbe die Parole „Der Kriegsklotz muß weg!“ auf die Gedenktafel.

Alle Forderungen, den Kriegsklotz zu beseitigen, werden von Politik und Medien abgelehnt. Immer wieder versuchen Demonstranten, den Kriegsklotz zu beschädigen. Immer wieder wird er repariert. 1982 beschließt die Stadt Hamburg , nebenan ein „Gegen-Denkmal“ zu errichten, das dann nie fertig wird.

-

1985

Sprengstoffanschlag der Revolutionären Zellen auf das Nazi-Denkmal. Die GAL fordert die „Abtragung des Alptrahms“.

-

1992

Der Imperativ „*Deutschland muss leben, und wenn wir streben müssen*“ wird unter neuen Vorzeichen wieder aktuell. Das wieder souverän gewordene und „vereinte“ Deutschland be-

schließt, die Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Vertragsgebiets (out-of-area) einzusetzen.

-

1992

Wehrmichtsrichter, die Dutzende oder Hunderte Todesurteile gefällt hatten und in der DDR dafür verurteilt wurden, werden mit dem ersten sogenannten [SED-Unrechtsbereinigungsgesetz](#) rehabilitiert.

-

1999

Die Bundeswehr beteiligt sich an dem [Angriffskrieg](#) gegen Jugoslawien. Die Luftwaffe fliegt 500 Einsätze. Damit nehmen deutsche Soldaten zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder an einem Angriffskrieg teil.

Auf Fahnenflucht stehen in der BR Deutschland bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe. 1999 gab es Aufrufe zur Desertion, [2014](#) werden einige Fälle bekannt.

-

2008

In Berlin wird das „Ehrenmal der Bundeswehr“ eingeweiht. Dort soll den bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gefallenen Soldaten gedacht werden

-

2009

Die Justizbehörde Hamburg, die Universität Hamburg und der Hamburgische Richterverein zeigen die Wanderausstellung „*Was damals Recht war ... Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht*“.

-

2010

In der Hoffnung, bei der verstaatlichten und verkirchlichten Erinnerungskultur noch mitmachen zu dürfen (was zum Beispiel in Bremen nicht mehr möglich ist, wenn man mit der Bundeswehr nicht restlos einverstanden ist), gründen geläuterte Linksalternative das „**Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal**.“

Statt „Weg mit dem Nazi-Kriegsklotz!“ heißt es jetzt: „*Kein Platz ist für ein Deserteursdenkmal geeigneter als am 76er Kriegerdenkmal am Stephansplatz*.“ Eine bewusste Lüge: Kein Platz ist für ein Deserteursdenkmal geeigneter als die Standorte der Hamburger Wehrmachtsjustiz: Das Untersuchungsgefängnis Holstenglacis, das Generalkommando an den Sophienterrassen und diverse Kasernen und Militärgerichtsgebäude. Das „76er Kriegerdenkmal“ (vorher nannte man es „Kriegsklotz“ oder „Nazi-Denkmal“) hat mit der Wehrmachtsjustiz absolut nichts zu tun.

Zu den Nachzüglern der Hamburger Zivilgesellschaft gehören u.a.:

AG Neuengamme, AG Antirassismus bei Ver.di, Auschwitz-Komitee, Comm e.V. („Wir wollen eine Welt, in der alle Menschen gleiche Rechte haben“), Chor Hamburger GewerkschafterInnen, Deutsche Friedensgesellschaft/Kriegsdienstgegner, Deutscher Freidenker-Verband, Friedensinitiative Bramfeld, Geschichtswerkstatt St. Georg (Heimatkunde), Freunde der Spanischen Republik, Bündnis gegen Rechts, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung, Initiative Europäischer Friedenspfad, Gedenkstätte Ernst Thälmann, Naturfreunde, Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten, Stadtteilkollektiv Rotes Winterhude, VVN, Willi-Bredel-Gesellschaft.

-

2012

Die Hamburger Bürgerschaft [beschließt](#) die „Errichtung eines Denkmals für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz“ NEBEN dem Kriegsklotz, der „trotz der Mitte der 1980er Jahre unternommenen Anstrengungen im Kontext mit dem Gedenkmal von Alfred Hrdlicka nichts von seiner Problematik verloren hat“.

Die Forderung „Der Kriegsklotz muss weg“ verschwindet endgültig aus der Öffentlichkeit. Linke, VVN und andere Antifas löschen sie von ihren websites. Auch die Fotos von früheren Aktionen gegen den „Kriegsklotz“ verschwinden aus dem Internet.

-

2013 (Januar/Februar)

Im Hamburger Rathaus wird die Ausstellung „Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz – Die Wehrmachtgerichtsbarkeit in Hamburg“ gezeigt. Veranstalter sind die Landeszentrale für Politische Bildung, die Hamburgische Bürgerschaft und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Die Gedenkstätte ist inzwischen eine staatliche Einrichtung und betreut bis hin zum Thema „Feuersturm“ oft federführend die staatlich gelenkte Erinnerungskultur. Zugleich forciert sie die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr.

→ Kuratoren der Ausstellung sind *Dr. Magnus Koch* und *Lars Skowronski* von der staatlichen Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, die u.a. die Wanderausstellung „Was damals Recht war ... – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ verantwortet (dazu wird es auf diesem Blog einen eigenen Artikel geben).

Dr. Magnus Koch tritt am 7.1.2015 im Rahmen der Veranstaltung „Gedenken neu denken! Erinnerungsorte und -rituale auf dem Prüfstand“ im Kulturzentrum Zinnschmelze in Hamburg-Barmbek auf, das von der Landeszentrale für politische Bildung finanziert wird und an dem u.a. Vertreter der Nordkirche (die sich bis heute nicht zur Rolle der – meist nationalsozialistischen – Militärfarrer in den KZs und Hinrichtungsstätten und Wehrmachtsgefängnissen geäußert hat) und der proklerikale Rechtspopulist Dietrich Wersich teilnehmen werden. Auf der Bundeswehr-Homepage „Unser Heer“ ist Dr. Magnus Koch als Kurator der Ausstellung im [Panzermuseum](#) Munster zu sehen.

→ Im Februar 2013 fand im Rahmen dieser Ausstellung eine Podiumsdiskussion zum Thema „**Neue Militärjustiz? Zur Einführung eines zentralen Gerichtsstands bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr**“ statt. Referenten waren **Christian Sieh vom Deutschen Bundeswehrverband**, Dr. Gerd Hankel vom Hamburger HIS, Dr. Marc Tully

vom Hamburgischer Richterverein sowie Günter Knebel von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Bremen

• Anmerkungen zum Deutschen Bundeswehrverband

1997: [Rechtsextreme Umtriebe](#).

2009: Sendung Kontraste: Durch die Kasernen der Bundeswehr weht immer noch der [Geist der Wehrmacht](#).

2009: Bundeswehrverband schließt [NPD](#)-Bundesvorsitzenden Udo Voigt aus:

2015: Bundeswehrverband betreibt weiter das nach dem Kriegsverbrecher [Molinari](#) benannte Bildungswerk.

• Anmerkungen zu Gerd Hankel

Wie Magnus Koch war Gerd Hankel 1999- 2001 an der „**Überarbeitung**“ der **ersten Wehrmachtsausstellung** beteiligt. Er arbeitet heute zum Thema „Genozide“. Vorträge bei der Bundeswehr: 14. Februar 2012, Marineschule Mürwik: „*Die Wehrmachtjustiz zwischen Widerstand, Anpassung und Radikalisierung*“ (Flensburg-Mürwik ist die Offiziersschule der Deutschen Marine). 25. Juni 2013: „*Das humanitäre Völkerrecht im nicht-internationalen Konflikt*“, Vortrag im Rahmen des Symposiums „**Kollateralofer – Die Tötung von Unschuldigen als rechtliches und moralisches Problem**“, Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

2013

Schwerpunktnummer der [Taz-Nord zum Volkstrauertag](#)

In einem Interview mit einem Bundeswehrsoldaten heißt es:

*Ich gehe heute nicht mehr in einen Auslandseinsatz mit dem blöden Spruch auf dem 76er-Denkmal – dem „Kriegsklotz“ – am Hamburger Dammtor: „**Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen**“. Ich hätte kein Verständnis, wenn jemand in größter Not sagt: „Nö, jetzt will ich nicht, ich desertiere.“ Er kann immer rechtzeitig den Kriegsdienst verweigern. Die Denkmale vergangener Kriege sind Zeitzeugen. **Wenn jemand sagt, „der Kriegsklotz muss weg“**, ist das ein wunderbarer Aufhänger, um eine Debatte zu führen und sich Sachen wie Krieg, Leid, Verantwortung, Trauer bewusst zu werden.*

-

2014 (Mai)

Das „*Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal*“ veranstaltet unter dem Motto „**Tanz den Klotz**“ mit einer Reggae-Band und Buden ein Fest neben dem Nazi-Denkmal. Mit dabei sind diesmal Peggy Parnass, Victor Grossman, Kai Degenhardt, Jörg Isermeyer, Spielwerck, Ursula Suhling, Nina George, Daniela Kletzke, Maresa Lühle, Sabine Rheinhold, Inga Sawade, Klaus Robra und **Thomas Ebermann**.

Um die eigenen staatstragenden Absichten unter Beweis zu stellen, wird jeder Bezug auf Deutschland vermieden. Besonders wichtig ist es dem Bündnis, sich von der immer noch verbreiteten polemischen Umkehrung „*Deutschland muss sterben, damit wir leben können*“ und von der Forderung nach ABRISS des Nazi-Baus abzugrenzen. Da man sich aber irgendwie auf die Nazi-Inschrift beziehen muss, streichen die linksalternativen Patrioten „Deutschland“ einfach raus und ersetzen es durch „Krieg“. Die eigene Umkehrung lautet nun: „**Der Krieg soll sterben, damit wir leben können**“.

Der bodenlose Opportunismus mündet umgehend in Geschichtsrevisionismus. Als wäre es den Nazis gar nicht um Deutschland gegangen, als sei der nationalsozialistische Vernich-

tungskrieg ein Krieg wie jeder andere gewesen, als wäre es besser gewesen, wenn auch der antifaschistische Krieg „gestorben“ wäre, als gäbe es „den Krieg“ als Selbstzweck, als sei „*Deutschland soll leben*“ etwas anderes als „**Wir sind ein Volk**“ und die Politik der Berliner Republik.

-

2015

Kurz vor der Fertigstellung steht der Umbau des Sitzes des ehemaligen **Generalkommandos des X. Armeekorps** der Wehrmacht (zugleich Wehrkreisverwaltung Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, zugleich Sitz des Oberkommandos der Wehrmacht als größte Außenstelle des Amts Ausland-Abwehr, zugleich Schauplatz der Wehrmachtsjustiz) in Hamburg-Harvesterhude (Sophienterrasse 14) zu [Luxuswohnungen](#) unter Erhalt der „historischen, denkmalgeschützten Vorderfront“.

Das X. Armeekorps steuerte die überwiegend am Vernichtungskrieg beteiligten Heeresgruppen Süd (8. Armee), Nord (16. + 18. Armee), A (6.+9. Armee), B (4.+18. Armee), C (16. Armee) und Kurland (18.Armee). Vor dem Umbau war die „graue Festung“ (Wilhelm Canaris) Sitz des Verteidigungsbezirks-Kommando 10 der Bundeswehr.

-

2015 (20. September)

Deutsche Luftwaffe überfliegt Baltikum in voller Bewaffnung. Erstmals seit Beginn der Ukraine-Krise überwachen deutsche Kampffjets vollbewaffnet den Luftraum über dem Baltikum – ein Mittel, um „Russland auf Augenhöhe zu begegnen“. 2014 hatten die deutschen Kampffjets noch nicht die volle Kriegsausrüstung dabei. Zur Kriegsausrüstung zählen Infrarot-Kurzstreckenraketen, radargesteuerte Mittelstreckenraketen und elektronische Abwehrsysteme.